

Wissen erarbeiten – Wissen teilen

Liebe Leserinnen und Leser

Passend zum Ende der Fastenzeit haben Sie diesmal eine dünnere Ausgabe der ZUP in Händen. Entgegen dem Fasten ist Umweltschutz aber nicht explizit an den Verzicht gekoppelt, sondern an das Wissen.

Zu wissen beispielsweise, wie ein Gebäude schlau energetisch modernisiert werden kann. Dazu ist es von Vorteil, aus den Erfahrungen anderer zu lernen. Um dies optimal zu ermöglichen, möchte die Fachstelle Energie mit anderen Partnern zusammen Hauseigentümer in ihren Gemeinden mit Fachleuten und Gemeindevertretern zusammenbringen (Seite 5).

Vor zwei Jahren wurde in Dübendorf in energetisch vorbildlicher Weise ein fünfstöckiges Büro- und Forschungsgebäude, das «Forum Chriesbach» der EAWAG, gebaut (Seite 7). Von diesem können andere Bauherren einiges abschauen, denn es benötigt für Wärme und Kälte von aussen kaum mehr Energie als zwei ältere Einfamilienhäuser. Neben der guten Planung sind hier die Schlüsselfaktoren: die ständige Kontrolle, Optimierung und Feinjustierung.

Ähnliches gilt für die ökologische Beschaffung in der kantonalen Verwaltung. Auch sie möchte Vorbild sein, Ziele setzen, messen, kontrollieren und stetig verbessern – und andere sollen vom Wissen profitieren können, dies zeigt auch der auf Seite 21 publizierte Umweltgeschäftsbericht der kantonalen Verwaltung.

Und auch die Fachstelle Boden hat viel Wissen unter anderem zu bodenschonenden Methoden zusammengetragen und möchte mit ihren Merkblättern und ihrem Internetangebot dazu beitragen, dass dieses Wissen für alle Betroffenen einfach verfügbar ist (Seite 13).

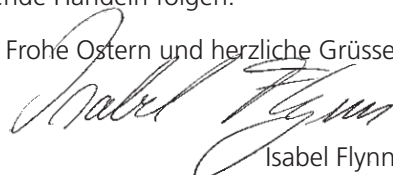
Um das entsprechende Wissen zusammenzutragen, können aber sogar Feldversuche notwendig sein. Solche finden zum Thema gentechnisch veränderte Pflanzen bereits im zweiten Jahr unter erhöhten Sicherheitsmassnahmen an der Forschungsanstalt Reckenholz-Tänikon ART statt (Seite 17).

Aber auch Befragungen können spannende Ergebnisse liefern. Beispielsweise zwei aktuelle Umfragen des Forschungsinstituts gfs-zürich, die zeigen, wie die Zürcher Bevölkerung heute zu den Themen Gewässer- und Landschaftsschutz eingestellt ist (Seite 19).

Bei allem Wissen und aller Information gilt jedoch: Niemandem kann die Entscheidung zu umweltfreundlichem, rücksichtsvollem oder auch gesundem Verhalten abgenommen werden. Deutlich wird genau dies bei der Umsetzung der Schall- und Laserverordnung (Seiten 9 und 11): Bereits ein einmaliges zu lautes Spasserlebnis ohne Gehörschutz kann massive Auswirkungen auf die Gesundheit haben und bleibende Hörschäden verursachen.

Dem Wissen muss eben auch das entsprechende Handeln folgen.

Frohe Ostern und herzliche Grüsse



Isabel Flynn

Isabel Flynn

Redaktorin «Zürcher UmweltPraxis»
Koordinationsstelle für Umweltschutz
Generalsekretariat Baudirektion

Postfach, 8090 Zürich

Telefon 043 259 24 18

isabel.flynn@bd.zh.ch

www.umweltschutz.zh.ch

Editorial



Anstieg des Monitoringwertes des Zürcher Fluglärm-Index im Jahr 2007

Der Regierungsrat hat den ersten formellen Bericht der Volkswirtschaftsdirektion zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) verabschiedet. Darin werden die Jahre 2006 und 2007 miteinander verglichen. Der vom Regierungsrat bei 47 000 stark belästigten Personen festgelegte ZFI-Richtwert ist im Jahr 2007 nicht überschritten, jedoch nahezu erreicht worden. Der Anstieg von rund acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr ist auf ein überdurchschnittlich hohes Bevölkerungswachstum in flughafennahen Gemeinden sowie die Zunahme der Flüge zur Nachtzeit zurückzuführen.

Die von 2005 bis 2007 festgestellten Steigerungsraten des Monitoringwertes erfordern es, zweckmässige Massnahmen im Hinblick auf dessen Senkung zu prüfen und wo immer möglich einzuleiten. Der Regierungsrat hat die Volkswirtschaftsdirektion deshalb beauftragt, eine systematische, wirkungsorientierte Planung und Evaluation Erfolg versprechender Massnahmen vorzunehmen mit dem Ziel, den Monitoringwert auf lange Sicht so tief wie möglich zu halten. Die Volkswirtschaftsdirektion wird dem Regierungsrat über die Ergebnisse Bericht erstatten.

www.zh.ch

Regierungsrat priorisiert Lärmsanierungsprogramm in der Region Limmattal

Der Regierungsrat spricht sich für die Verlängerung des Moratoriums für gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft um drei Jahre bis zum 27. November 2013 aus. Entsprechend lautet seine Vernehmlassungsantwort zuhanden des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Eine Regelung der Koexistenz von landwirtschaftlicher Produktion mit und ohne Gentechnik liegt noch nicht vor und ist in nächster Zeit auch nicht zu erwarten. Die Regelung der Koexistenz von landwirtschaftlicher Produktion mit und ohne Gentechnik ist komplex und eine besondere Herausforderung für die kleinräumige Schweiz. Ebenso stehen die Schlussfolgerungen des vom Bund eingeleiteten Nationalen Forschungsprogramms 59 über «Nutzen und Risiken der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen» erst Mitte 2012 zur Verfügung.

Die Antwort des Regierungsrates ist im Internet unter www.regierungsrat.zh.ch, Link «Vernehmlassungen», Stichwort «Antworten an den Bund», verfügbar.

Zusatzvereinbarung mit Stiftung Klimarappen unterzeichnet

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), hat im Februar mit der Stiftung Klimarappen eine Zusatzvereinbarung zur Reduktion von CO₂-Emissionen unterzeichnet. Die Stiftung verpflichtet sich, bis 2012 zusätzlich 0,6 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr zu reduzieren. Diese Zusatzvereinbarung wurde notwendig, um die Zielverfehlung beim Treibstoffziel des CO₂-Gesetzes zu kompensieren.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Informationen über Schadstoffe und Abfälle grösserer Firmen neu im Internet einsehbar

Das Bundesamt für Umwelt stellt ab sofort unter www.umwelt-schweiz.ch/swissprtr der Öffentlichkeit ein neues Umweltinformationssystem zur Verfügung, das so genannte Schadstofffreisetzung- und -transferregister der Schweiz (Swiss Pollutant Release and Transfer Register, SwissPRTR). Es liefert Informationen zu Freisetzungen und Transfers von Schadstoffen und Abfällen von Betrieben sowie aus diffusen Quellen. SwissPRTR leistet einen Beitrag zur Information der Öffentlichkeit über die Umweltsituation und trägt zur Reduktion der Umweltbelastung in der Schweiz bei. Die Schweiz hat sich international verpflichtet, Informationen über Schadstofffreisetzungen und -transfers öffentlich einsehbar zu machen.

Das Register umfasst zurzeit knapp 200 Unternehmen sowie 86 Schadstoffe. Ebenfalls enthält es Informationen über Transfers von Abfällen und Sonderabfällen. Die Daten werden jährlich aktualisiert. Die rechtliche Grundlage von SwissPRTR ist die Verordnung zum Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser vom 15. Dezember 2006.

BafU, Abteilung Stoffe, Boden, Biotechnologie
BAFU, www.umwelt-schweiz.ch

Überflutungskarten liefern Hinweise über mögliche Hochwassergefährdung

Das Bundesamt für Umwelt BAFU hat gemeinsam mit Swiss Re schweizweite Überflutungskarten erstellt. Damit besteht eine weitere Möglichkeit, um Gebiete erkennen zu können, die durch Hochwasser gefährdet sind.

Aufgrund verschiedener Parameter wurde modellhaft berechnet, wo die möglichen Überflutungszonen sind für Hochwasserereignisse, die statistisch gesehen alle 50, 100, 250 und 500 Jahre eintreten. Bestehende Schutzbauten wurden dabei nicht berücksichtigt. Damit widerspiegeln die Zonen potenzielle Überschwemmungsflächen, falls vorhandene Schutzbauten versagen sollten.

Die Überflutungskarten erfüllen mehrere Ziele:

- Zum ersten Mal liegt eine schweizweite Übersicht zur potenziellen Gefährdung durch Hochwasser vor, berechnet nach einer einheitlichen Methode.
- Dies ermöglicht die Erkennung von möglichen Klumpenrisiken in Bezug auf die Hochwassergefährdung
- und somit auch die Abschätzung des betroffenen Schadenpotenzials.

Die Kantone sind zurzeit daran, Gefahrenkarten für alle Naturgefahrenprozesse zu erarbeiten (Hochwasser, Lawinen, Rutschungen, Stein Schlag). Diese zeigen die durch Hochwasser gefährdeten Gebiete präziser als die neuen Überflutungskarten. Sie können deshalb nicht durch die Überflutungskarten ersetzt werden. Wo bis jetzt aber noch keine Gefahrenkarten vorliegen, können die Überflutungskarten Hinweise auf mögliche Gefährdungen liefern.

Bundesamt für Umwelt BAFU,
www.umwelt-schweiz.ch

Lampen: Effizienzanforderungen ab 2009

Seit dem Jahreswechsel müssen Lampen Mindestanforderungen an die Energieeffizienz erfüllen. Dies gilt für Lampen mit einer Leistung ab 4 Watt. Verlangt ist mindestens die Energieeffizienzklasse E gemäss der Energieetikette. Kleinere Leistungen und Reflektorlampen sind ausgenommen. Ebenso ausgenommen sind Lampen, die in Haushaltgeräten wie Backöfen und Kühlschränken verwendet werden.

Mit dieser ersten Effizienzanforderung an Lampen kann der Verbrauch von 10 000 bis 20 000 Haushalten eingespart werden. Der auf 2012 geplante nächste Schritt, ein gänzlich Glühlampenverbot, wird dann dem Verbrauch von 80 000 Haushalten entsprechen.

In der EU werden übrigens die gleichen Lampen ab September 2009 ebenfalls verboten sein. Zusätzlich wird die EU für Lampen ab 100 Watt Leistung und für mattierte Lampen dann bereits weiter gehende Anforderungen stellen.

Bundesamt für Energie, www.bfe.admin.ch

Revision der Chemikalienverordnung

Die Schweiz berücksichtigt mit der Revision der Chemikalienverordnung (ChemV) neue europäische und internationale Regelungen zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien. Die Revision ist nötig, um neue Handelshemmnisse zu vermeiden und gleichzeitig den Gesundheits- und Umweltschutz auf hohem Niveau zu halten. Die Verordnung trat am 1. Februar 2009 in Kraft. In der EU sind ausserdem verschiedene Rahmenbedingungen für die Abgabe und Verwendung von Chemikalien geändert worden, so für Batterien, die Cadmium enthalten und für perfluorierte Octylsulfonate, die früher z. B. als Imprägniermittel verwendet wurden. Die Schweizer Bestimmungen sollen denjenigen der EU angeglichen werden. Neu sollen zudem bestimmte teerhaltige Produkte verboten werden. Die Chemikalien-Risikoreduktionsverordnung (ChemRRV) soll darum an die neuen EG-Bestimmungen angepasst werden.

www.umweltschutz.zh.ch

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
www.uvek.admin.ch

Damit die Fische im Greifensee aufatmen können

Für die Fische wird es im Sommer eng im Greifensee. Wegen des geringen Sauerstoffgehalts in den kühleren Wasserschichten droht jeweils ein Fischsterben. Jetzt schafft die Baudirektion mit einer einfachen Belüftungsanlage Abhilfe. Die Installationsarbeiten haben im März begonnen.

www.zh.ch

Mehr Fördermittel für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Mit langfristig erhöhten Mitteln und einer kurzfristigen Konjunkturspritze möchte der Kanton die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien fördern. Während der Rahmenkredit für die nächsten zehn Jahre nun vom Kantonsrat behandelt wird, steht das aufgestockte Förderprogramm 2009 bereits im Frühling zur Verfügung. Baudirektion Kanton Zürich